

Mit diesem Newsletter möchten wir aktuelle Informationen rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie weitergeben. Er greift einzelne Themen auf und bietet die Möglichkeit, stärker über historische, regionale und internationale Beispiele aktuell zu berichten. Der nicht regelmäßig erscheinende Newsletter ist eine Ergänzung zu den bereits herausgegebenen Publikationen zum Thema.

Prostitution und Genossenschaften

**...Maria wohnt in der Favela
Und ich in einem kalten Land
Dort ist es so zivilisiert
Dass sie ihr Lächeln bald verliert
Und das seh ich mir nicht mit an...**

Maria de Favela Songtext, von Cris Cosmo

Die moralische Wahl

Die bürgerliche Presse weiß es mal wieder besser. Saarländische und überregionale Medien küren Anfang 2014 Saarbrücken zur Hauptstadt der anderen Art. Stellvertretend der Trierische Volksfreund: „Großes entsteht immer im Kleinen – mit diesem Slogan will das Saarland in der Welt für sich werben.“ Eine große Sache, die im kleinen Saarland gerade entsteht, hat zuletzt aber weit mehr Aufsehen erregt als den meisten lieb ist. Seit bekannt wurde, dass in Saarbrücken ein Mega-Bordell gebaut wird, kommen Journalisten aus aller Welt und berichten über ‚Europas Hauptstadt der Prostitution‘“ (Volksfreund, 26.02.2014).

Dem Sensationsjournalismus haben es die mainstream-Parteien CDU und SPD leicht gemacht, denn es fehlt tatsächlich ein Diskurs wofür Saarbrücken eigentlich steht. Der aktuellen Dringlichkeit des Themas Prostitution für Stadt und Region liegt aber ein wahrer Kern zugrunde. Er speist sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren: osteuropäische Armutsprostitution, eine Europäische Gerichtshof-Entscheidung zur Niederlassungsfreiheit für freiwillige Prostitution, eine geänderte Rechtsprechung in Frankreich, negative Nebeneffekte des deutschen Prostitutionsgesetzes von 2001, der „Emma“-Aufruf für die Abschaffung der Prostitution der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer, und die aktuelle Beschäftigung anderer deutscher Städte mit dem Thema.

Im Saarland haben sich in den vergangenen Monaten Parteien, Gewerkschafter, Verbände, Selbsthilfe- und Beratungsgruppen sowie Aktivistinnen der Sexarbeiter- und Hurenbewegung kontrovers zum Thema geäußert. Die Landesarbeitsgemeinschaft Kommunale Frauenbeauftragte, sie versteht sich als frauenpolitische Interessenvertretung in den Kommunen des Saarlandes, reflektiert: „Die schwierige Verbindung von Prostitution zu Sexualität ist durch sehr persönliche Wertentscheidungen geprägt. Auch sind individuelle Einstellungen zu Prostitution zu respektieren: Von der Position der nationalen und internationalen Hurenbewegung (erst aus der Tabuisierung und Kriminalisierung von Sexarbeit erwachsen die uns heute bekannten Probleme) bis zur Position, dass Prostitution einer gleichberechtigten Gesellschaft unwürdig sei...“ (Stellungnahme der LAG zum Umgang mit Prostitution, 19.02.2014, S. 1).

Die LAG löst diese Kontroversen nicht auf. Aber sie konstatiert pragmatisch, dass Prostitution gesellschaftliche Realität ist und sucht in einem zweiten Schritt die Situation von Frauen zu verbessern. Es geht darum „die Arbeitsbedingungen der Prostituierten zu verbessern, ihr Selbstbestimmungsrecht zu stärken und Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung zumindest zu erschweren“ (Stellungnahme, S.1). Das Statement zeigt Distanz zum „Emma“-Aufruf. Deren Unterzeichner schließen die saarländische Ministerpräsidentin und die Saarbrücker Oberbürgermeisterin mit ein. Sie gehen davon aus, „dass Prostitution und Frauenhandel „untrennbar miteinander verbunden“ seien. Und dass Prostitution die Menschenwürde der „sogenannten freiwilligen Prostituierten“ ebenfalls verletze“ (Kramp-Karrenbauer und Britz unterstützen Aufruf gegen Prostitution, SZ, 01.11.2013).

Eine gegenteilige Position, näher an der LAG Stellungnahme, vertritt ver.di. Die Dienstleistungs-Gewerkschaft setzt sich für verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen von Prostituierten ein. ver.di steht hinter der Einschätzung der Vorsitzenden des Deutschen Frauenrats, Hannelore Bult: „Populistische Kampagnen, die auf unredliche Weise Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit Prostitution in eins setzen, seien... nicht hilfreich, um die komplexen Probleme zu lösen“ (ver.di. Frauen- und Gleichstellungspolitik. Im Blick Nr. 65: Prostitution und Menschenhandel, November 2013, S. 1).

Ein zentraler Punkt des Arguments, Menschenhandel und Prostitution seien trennbar, ist die dahinter liegende Auffassung, dass Prostitution eine (freiwillige) Dienstleistung oder Arbeit wie andere auch sein kann. Der Vorwurf dagegen lautet: hier versteckt sich ein frauenfeindliches Menschenbild. Die Frau werde gegenüber dem Mann abgewertet und zur Ware degradiert. Prostitution als Normalität hat dann Auswirkungen für die Bedingungen, unter denen die gesellschaftliche Auseinandersetzung um bessere Lebensbedingungen geführt wird.

In einer immer stärker entsolidarisierten und am Renditedenken orientierten politischen Kultur sind ethische Einwürfe wichtig. Aber dies kann auch die Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Frau bedeuten. Und dieses Recht gegen Diskriminierung, Stigmatisierung und gegen Ausbeutung zu verteidigen. Verteidigen auch dagegen, dass die Selbstbestimmung der Frauen in Politik und Gesellschaft patriarchalisch entmündigt, d. h. überwiegend von Männern definiert wird und Regelverletzungen von Männern geahndet werden.

Gegen die regressive Wende

Ausgangspunkt der aktuellen Diskussion ist vielfach das 2002 in Kraft getretene Prostitutionsgesetz. Ein Bundesgesetz, „das die rechtliche Stellung von Prostitution als Dienstleistung regelt, um die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern. ...Gleichzeitig wurden das Strafgesetzbuch... dahingehend geändert, dass das Schaffen eines angemessenen Arbeitsumfeldes nicht mehr strafbar ist, solange nicht eine Ausbeutung von Prostituierten stattfindet. Durch Vereinbarungen über sexuelle Handlungen sollen seit Inkrafttreten des Gesetzes klagbare Endgeldforderungen begründet werden können. Außerdem können sich Prostituierte nun regulär in den gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen versichern“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Prostitutionsgesetz>).

Heute wird das Gesetz fast unisono als weitgehend wirkungslos bewertet. Bezeichnend die Aussagen von B. Filipak und S. Müller von Aldona, einer Saarbrücker Beratungsstelle für Prostituierte, auf die Frage, ob Prostituierte sich sozialversichern lassen: „Laut Gesetz sind zwar alle dazu verpflichtet, sich krankensichern zu lassen, aber wer kontrolliert das? Bestraft werden die Frauen erst, wenn herauskommt, dass sie lange nicht versichert waren. Das kommt aber erst dann heraus, wenn sie sich versichern lassen wollen. Wenn die Prostituierten sich sozialversichern lassen wollen, müssen sie von den Bordellbetreibern einen Arbeitsvertrag bekommen. Das macht aber keiner. Im Saarland gibt es nicht ein Bordell, das das macht. Deutschland-weit sind nur etwa 40 Fälle bekannt“ (Endstation Prostitution, in: Kulturmagazin Forum, 07.02.2014, S. 42).

Viele Forderungen zielen auf die Aufarbeitung der Versäumnisse des Gesetzes von 2002 und seine Anpassung an veränderte Verhältnisse. Dabei kritisiert Dr. Irina Modrow, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE bereits 2012: „die neue politische Linie zielt auf eine verschärfte Prostitutionskontrolle unter dem Vorwand eine vermeintlich vorerhaltene Selbstbestimmung der Frauen durch „Menschenhändler“ zu schützen. ...Es wird nur noch im „Opferjargon“ ...gesprochen und das ursprüngliche Ziel des Prostitutionsgesetzes, eine längst überfällige Gleichstellung mit anderen Berufen... ignoriert“. „ ...Was fehlt ist eine Vielzahl von Folgeregelungen, die die Bereiche Steuern, Gaststätten- und Gewerbebereich, Gesundheit, Baurecht usw. betreffen. ...Ausgangspunkt für die Regelungen kann aber nicht der beschriebene kriminelle Generalverdacht sein, sondern ein Ordnungsansatz: dieser betrifft die Beziehung zwischen Sexarbeiter_innen und Betreibern untereinander wie gegenüber Dritten. ...Das Motto muss also heißen: Regelungen und Transparenz statt Verdächtigungen, Überwachung und Kontrolle“ (Papier Dr. Irina Modrow, 17.01.2012). Dabei ist Transparenz wichtige Voraussetzung, einen Flickenteppich von Einzelregeln überwinden zu können.

Stephan Peter im Gespräch mit Dagmar Trenz

Mitglied in der Regionalversammlung Fraktion die Linke und Beigeordnete des Regionalverbands Saarbrücken

Stephan Peter: Dagmar, Du hast Dich mit dem Thema Prostitution befasst. Die häufig genannten Zah-

len zur Straßenprostitution in Saarbrücken klingen alarmierend. Was ist Deine Einschätzung?

Dagmar Trenz: Es gibt keine verlässlichen Zahlen. Die Aids-Hilfe Saar, die Huren-Selbsthilfe Aldona, das Drogenhilfezentrum in Saarbrücken und auch das Gesundheitsamt des Regionalverbandes haben eigene Zählungen durchgeführt, im Oktober 2013 und Januar 2014. Berichte, dass jeden Abend bis zu 200 Prostituierte auf den Saarbrücker Straßen stehen, sind falsch und übertrieben.

Stephan Peter: Die Stadt Saarbrücken und das Land sind dabei eine neue Sperrbezirksverordnung umzusetzen, welche den Straßenstrich räumlich stark begrenzt. Wie viel bringt das?

Dagmar Trenz: Die Stadt hat auf Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden reagiert. Deren Anliegen muss man sehr ernst nehmen. Im Stadtteil Burbach ist das Anwerbengeschäft bis in den Ortskern vorgerückt. Lange bevor eine Ministerpräsidentin oder eine Oberbürgermeisterin reagierten, haben wir LINKE im Regionalverband schon Anfang 2013 einen Antrag in den Gesundheitsausschuss eingebracht mit dem Ziel, die gesundheitliche und soziale Situation der Prostituierten und die hygienischen Zustände vor Ort zu verbessern. Grundsätzlich sollte man sich im Klaren sein, dass mit einer rigideren Sperrbezirksverordnung die Prostitution nicht einfach verschwindet. Meine Sorge ist, dass Frauen in die unsichtbare Wohnungsprostitution zurückgedrängt werden. Und dort für Präventionsangebote schwerer zu erreichen sind.

Stephan Peter: Kürzlich brachte das Saarland einen Antrag im Bundesrat zur Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten ein. Darin wird der Bundestag aufgefordert, entsprechend aktiv zu werden. Worum geht es?

Dagmar Trenz: Positiv ist die dort erwähnte niedrigschwellige psychosoziale Beratung für Prostituierte, und die Forderung nach deutlich mehr gesundheitlicher Beratung und Ausstiegsprogramme. Die aufenthaltsrechtlichen Regelungen in Fällen von Zwangsprostitution sollen verbessert werden. Neben dem Schutz von Frauen geht es um die Regulierung von Prostitution. Genehmigungspflicht für Bordellbetriebe, Begrenzungen die Größe von Bordellbetrieben betreffend und das Verbot entwürdigender Sexualpraktiken sind im Antrag enthalten. Der letzte Punkt vor dem Hintergrund, dass es 2010 fünf sogenannte Flatrate-Bordelle im Saarland gegeben hat. Letztlich erfordert der Kampf gegen Armutsprostitution, z. B. aus Rumänien, eine europaweite Strategie zur Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und gerechten Löhnen.

Stephan Peter: Das Konzept „Le trottoir“ des Drogenhilfezentrum Saarbrücken bietet exemplarisch einen ganzheitlichen Ansatz, um Frauen zu helfen, die sich zur Finanzierung ihrer Sucht prostituieren und Frauen, die der Armutsprostitution nachgehen. Kannst Du das kommentieren?

Dagmar Trenz: Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Drogenkonsum und Prostitution gesellschaftliche Realität sind und nicht durch Repression zu verhindern. Deshalb gibt es seit 2008 einen öffentlichen Raum, eine innenstadtnahe Örtlichkeit als Anbahnungszone, wo Frauen ein Mindestmaß an Sicherheit, an hygienischen Verhältnissen mit Toilette und Dusche vorfinden. Das Konzept beinhaltet die Zusammenarbeit mit einem Netzwerk von Angeboten der ehemals Hurenselbsthilfe Saarbrücken, Gesundheitsamt, Polizei und Ordnungsamt. Dieses erfolgreiche Konzept hätte auch auf den „normalen“ Straßenstrich angewendet werden können.

Schutz für Prostituierte, Kampf gegen Ausbeutung, Kontrolle über Arbeitsbedingungen und Profite: das sind Ziele der Prostituierten-Genossenschaft Macha's in Utrecht/Niederlande, der 'Sealeer Co-operative' auf Ibiza/Spanien, der 'West Coast Co-operative of Sex Industry Professionals' (WCCSIP) in Vancouver/Kanada oder der von dem feministischen 'Durbar Mahila Samanwaya Committee' gegründeten Sexarbeiter-Kooperative in Indien. Auch im Deutschland der 1990er Jahren gab es einen ähnlichen Versuch. Das erste selbstverwaltete Bordell Deutschlands: die Logis-Genossenschaft Etoile bleu in Frankfurt. Im Saarland wird dieser Ansatz von der herrschenden Politik vergessen.

Stephan Peter im Gespräch mit Marjan Wijers

Prostituierten-Genossenschaft Utrecht, Niederlande

Stephan Peter: Marjan, Du bist eine Sprecherin der Prostituierten-Kooperative Macha's in Utrecht. Dort arbeitet eine kleine Unterstützerguppe mit Prostituierten zusammen. Wie ist die Lage?

Marjan Wijers: In Utrecht findet Prostitution auf Booten statt. Die Stadt hat den Vermietern der Boote die Betriebslizenzen entzogen. In 162 Fenstern gingen die Lichter aus. Mehr als 300 Frauen verloren ihr Einkommen. Unsere Kooperative zielt daher darauf ab, dass Frauen Kontrolle über ihre eigenen Arbeitsplätze haben. Es ist eine Kooperative unabhängiger Arbeiter. Die Idee ist, dass die Profite direkt den Frauen zugute kommen.

Stephan Peter: Wie hat der Stadtrat auf Forderungen nach Gründungshilfen für die Genossenschaft, nach genossenschaftlich geführten Boots-Bordellen, entsprechendes Startkapital, und Schadensersatzzahlungen für den Verlust der Arbeitsplätze reagiert?

Marjan Wijers: Die Stadt schlug vor, sich für die Fenster-Prostitution an einem anderen Ort einzusetzen. Wir als Kooperative fordern in diesem Zusammenhang, dass die Besitzer an diesen neuen Arbeitsorten nicht wieder Privatinteressen repräsentieren. Wir wünschen uns eine quasi öffentliche Einrichtung ohne Profitdenken. Dass die Stadt sich proaktiv dafür einsetzt und nicht alles dem freien Markt überlässt. Diese unabhängige Einrichtung könnte Vermieter für Räume, bzw. Fenster sein. Bisher gab es auch das Problem, dass die städtischen Lizenzen an Maximalzahlen an Räumen gebunden waren. Die waren alle im Privatbesitz, so dass es für die Kooperative keine Möglichkeit gab, etwas unabhängig aufzumachen. Wo wir Hilfe von der Stadt bekamen, ist bei der Gründung unserer Kooperative, also fachliche Expertise. Aber das war's erstmal.

Idealerweise wären alle Arbeitsplätze genossenschaftlich organisiert. Es wäre der beste Schutz gegen alle möglichen Probleme – Ausbeutung, Gewalt, auch Stress, denn in einer Genossenschaft können die Frauen am besten sehen, was untereinander los ist. Aber das muss noch praktisch umgesetzt werden und wir wissen nicht, wie weit wir kommen. Die Stadt kommuniziert, dass sie den genossenschaftlichen Gedanken unterstützt, aber es ist unklar wieweit das in der Praxis reicht. Es ist doch so, bei der Sexarbeit ist viel Geld involviert. Wenn man alles dem freien Markt überlässt, ist der kriminelle Einfluss nicht weit. Deshalb bedarf es des Engagements des Staates, eine Infrastruktur herzustellen. Und zwar so eine, die nicht auf Repression und Kontrolle, sondern die Mitwirkung der Frauen setzt.

Stephan Peter: Genossenschaften erfordern in der Regel Mitarbeiter, die motiviert sind, Bescheid wissen, gelernt haben miteinander umzugehen. Wie soll das gehen vor dem Hintergrund, dass es sich zum Beispiel in Saarbrücken oft um Armutprostitution aus Osteuropa handelt, junge Menschen ohne viel Bildung, ohne Zugang zum Internet usw.

Marjan Wijers: Ich denke, es ist möglich. Heute ist es schwierig für Frauen, ihre eigene Prostituierten-genossenschaft zu gründen, ohne Unterstützung von außen. Die Frauen haben ihren Beruf und das sind nicht Lobbyarbeit und Betriebsverfassungsfragen. Aber wir haben eine sehr aktive Unterstützergruppe. Selbst nach der formalen Gründung einer Kooperative ist Unterstützung wichtig, denn neues Wissen, andere Erfahrungen sind gefragt. Eine Mischung ist notwendig. Es müssen Frauen mitmachen, die sich auskennen und dann können andere, jüngere Frauen mit weniger Erfahrung integriert werden. Und das gab es ja mal, heute weniger, dass ältere Prostituierte die neuen informierten und man voneinander lernte.

Stephan Peter: Linke Parteien in den Niederlanden, auch die Sozialisten, haben öffentlich erklärt, dass sie Prostituierten-Kooperativen als Schranke gegen sexuelle Misshandlung und Gewalt sehen. Was ist Ihr Blick hier?

Marjan Wijers: Gewöhnlich unterstützen Grüne, Sozialisten und progressive Liberale - lokal und national - das Recht von Frauen sich selbst zu organisieren. Bei den anderen ist es etwas komplizierter.

(Übersetzung aus dem Englischen von S. Peter)

Herausgeber:

Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung (Gisela Ruge) in Kooperation mit Fraktion die LINKE im Landtag des Saarlandes, Werkstatt Wirtschaftsdemokratie (Dr. Stephan Peter)